Bundesministerium
für Arbeit und Soziales

Bekanntmachung
Unternehmen und Verwaltungen der Zukunft
Mitarbeiterorientierte Personalpolitik als Schlüssel für Innovations-, Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit

Vom 1. Juni 2015


1 Hintergrund und Zuwandungszweck

1.1 Hintergrund


Besonderes Augenmerk fordern dabei kleine und mittelständische Unternehmen (KMU), da sie rund 70 % aller Beschäftigten und mehr als 80 % aller Auszubildenden beschäftigen. Da KMU in der Regel nicht über ausgewiesene innerbetriebliche Experten für diese spezifischen Aufgabenstellungen verfügen, besteht hier ein hoher Bedarf an betriebsnahen und praxisorientierten Informations- und Unterstützungsangeboten. Zudem erfordert die Verwaltung als größter Arbeitgeber Deutschlands ein besonderes Augenmerk. Auch hier gewinnen im Kontext zukunftsorientierter Modernisierungsansätze die Themen Digitalisierung, Personalführung, Personalentwicklung und Mitarbeiterführung eine immer größere Bedeutung. Vor diesem Hintergrund beziehen sich im Folgenden Begriffe wie Unternehmen und Betrieb auch auf Verwaltungen.

Viele Betriebe suchen bereits nach Wegen, um ihre Attraktivität als Arbeitgeber durch ein gesundes, motivierendes und innovationsfreundliches Arbeitsumfeld für ihre Beschäftigten zu steigern. Von besonderem Interesse ist dabei u. a. eine mitarbeiterorientierte räumliche und zeitliche Arbeitsorganisation. Andere Unternehmen sind für diese Thematik erst noch zu sensibilisieren.

In diesem Kontext ist das Engagement der Betriebe kein Selbstzweck. Investitionen in faire und verlässliche Arbeitsbedingungen und in die Arbeits- und Beschäftigungsfähigkeit der Belegschaft zahlen sich betriebswirtschaftlich aus und leisten einen Beitrag zur Fachkräftesicherung.


Darüber hinaus bedarf es aber auch des Bewusstseins auf Seiten der Beschäftigten, eigenverantwortlich zur Sicherung ihrer Arbeits- und Beschäftigungsfähigkeit beizutragen, vorhandene Angebote zur Gesundheitsförderung und Kompetenzentwicklung zu nutzen und somit ihrerseits zu einer zukunftsfähigen Unternehmenskultur beizutragen.

Die PDF-Datei der amtlichen Veröffentlichung ist mit einer qualifizierten elektronischen Signatur gemäß § 2 Nr. 3 Signaturgesetz (SigG) versehen. Siehe dazu Hinweis auf Internet.
1.2 Die Initiative Neue Qualität der Arbeit


Bei Bedarf können sich Unternehmen zusätzlich im Rahmen des INQA-Audits Zukunftsfähige Unternehmenskultur bei der Weiterentwicklung in den vier Themenfeldern durch Experten begleiten lassen.

Die Best-Practice-Datenbank „TOP 100 – Gute Unternehmenspraxis“ beschreibt gute Praxisbeispiele und regt zum Erfahrungsaustausch mit den jeweiligen Ansprechpartnern an.

1.3 Zuwendungszweck

Die Projektförderung soll dazu beitragen, die Unterstützungsangebote der Initiative Neue Qualität der Arbeit weiterzuentwickeln und auszubauen und sie in die betriebliche Praxis zu transferieren. Die Projekte müssen deshalb nicht nur einen engen Bezug zu den beschriebenen Themenschwerpunkten und Strukturen der Initiative aufweisen, sondern selbst Teil der Initiative werden.

Zuwendungszweck ist insbesondere die Anpassung und der Transfer von vorhandenem anwendungsbezogenem Wissen in die betriebliche Praxis von kleinen und mittleren Unternehmen sowie die Verwaltung. Es geht also grundsätzlich nicht um die Erforschung neuer Erkenntnisse, sondern um die Umsetzung von schon vorhandenem Wissen in die Praxis. Wo allerdings nachweislich noch kein ausreichendes anwendungsbezogenes Wissen existiert, können auch besonders innovative Forschungs- und Entwicklungsprojekte gefördert werden – diese sollten jedoch einen Transferpartner benennen bzw. bereits mit einem Transferpartner zusammenarbeiten, um die langfristige Nutzung ihrer Erkenntnisse sicherzustellen. Primär wird aber die Überprüfung der Wirksamkeit und Wirksamkeitsbedingungen und somit die nachhaltige Nutzbarkeit bereits vorhandener niedrigschwelliger und auch für KMU oder die Verwaltung adaptierbarer, praktikabler Ansätze und Gestaltungsempfehlungen angestrebt. Diese sollen dazu dienen, in den Betrieben den Wandel der Arbeit gemeinsam mit den Beschäftigten zu gestalten. So wird ein Beitrag zur Umsetzung der Themenansätze...
(4-Säulen-Strategie) einer mitarbeiter- und lebensphasenorientierten Personalpolitik in Unternehmen der Zukunft geleistet.

2 Zuwendungsvoraussetzungen

2.1 Bezug zur Initiative Neue Qualität der Arbeit

Es können nur Projekte gefördert werden, die entweder eine enge Anbindung an die Netzwerkstrukturen der Initiative Neue Qualität der Arbeit nachweisen bzw. die zumindest mit einem bestehenden Partnernetzwerk während des Projekverlaufs zusammenarbeiten oder die einen entsprechenden Aufbau von Kooperationen mit Strukturen der Initiative neue Qualität der Arbeit anstreben.

2.2 Rechtsgrundlage


2.3 Gegenstand der Förderung/Themenschwerpunkte

Gegenstand der Förderung sind Vorhaben, die einen nachhaltigen Beitrag dazu leisten, Unternehmen (insbesondere KMU) und Verwaltungen in Deutschland auf die Zukunft auszurichten, die Arbeitsfähigkeit der Erwerbstätigen zu erhalten und ihre Beschäftigungsfähigkeit zu erhöhen.

Förderfähig sind Projekte, die auf der betrieblichen Ebene ansetzen und die sowohl die verschiedenen Beschäftigtengruppen bzw. deren betriebliche Interessenvertretung als auch die Leitung des Unternehmens bzw. der Verwaltung bei der Erzielung des Projekterfolgs unmittelbar einbeziehen, die die Resilienz der Betriebe fördert und die die Arbeitsfähigkeit, die Kompetenzen und die Selbstorganisation der verschiedenen Beschäftigtengruppen langfristig stärken.

Zukünftig wird die Initiative Neue Qualität der Arbeit auch die Verwaltung stärker in den Fokus nehmen. Für Projekte in diesem Bereich gilt es, die relevanten Akteure auf kommunaler, Landes- und Bundesebene, Gewerkschaften und Wissenschaft mit den Akteuren der Initiative zusammenzuführen und zu vernetzen, um neue Ansätze einer modernen Personalpolitik auch in der Verwaltung in die Breite zu tragen.

Gegenstand der Förderung sind daher auch solche Projekte, die dazu beitragen, dass die vorhandenen Instrumente der Initiative wie Checks, Handlungshilfen und Praxisteilfunden an die Bedarfe der Verwaltung angepasst, weiterentwickelt und in verschiedenen Beispielverwaltungen erprobt werden. Dabei gilt es, an bestehende Netzwerke, Initiativen und Strukturen im Bereich der Verwaltung anzuknüpfen, die einen breiten Transfer der weiterentwickelten Instrumente für die Verwaltung sicherstellen.

Folgende Projektsanteile sollen vorrangig gefördert werden:

a) Immer mehr Erwerbsarbeit wird unter maßgeblicher Nutzung von informations- und kommunikationstechnologischen Arbeitsmitteln verrichtet. Vor dem Hintergrund der fortschreitenden Digitalisierung der Arbeitswelt sind besonders Handlungssätze gefragt, die zur Gestaltung „digitaler Arbeit“ beitragen.


b) Auch wenn in den letzten Jahren schon erhebliche Erfolge erzielt werden konnten, so besteht in Hinsicht auf die Integration bestimmter Beschäftigtengruppen in den Arbeitsmarkt sowie der Verbesserung der Chancengleichheit dieser Gruppen immer noch Verbesserungsbedarf. Dies betrifft neben der alters- und altersgerechten Arbeitsgestaltung z. B. die Gewinnung von Frauen für bestimmte, bislang eher von Männern dominierte Berufe (z. B. MINT-


Unabhängig von vorgenannten Projektansätzen soll der Antragsteller seinen Projektvorschlag schwerpunktmäßig einem der vier personalpolitischen Handlungsfelder der Initiative zuordnen, damit eine Zuordnung in die inhaltliche Struktur der Initiative Neue Qualität der Arbeit erkennbar wird:

1. Etablierung einer Personalführung, die auf die Förderung einer arbeitnehmerorientierten, lebensphasenorientierten und motivierenden sowie innovationsfördernden Arbeitsorganisation und Unternehmenskultur ausgerichtet ist.


4. Förderung eines lebensphasenorientierten Wissens- und Kompetenzmanagements, das auf den intergenerationalen Wissenstransfer fokussiert und dazu geeignete Lernarrangements zur Verwirklichung des lebensbegleitenden Lernens im Unternehmen nutzt.


In allen Vorhaben sind folgende Aspekte zu berücksichtigen:

- Gender Mainstreaming,
- Datenschutz,
- nachweislicher Bedarf an den Angeboten sowie ein belastbares Konzept, wie langfristig eine selbsttragende Fortführung und der Transfer realisiert werden können,
- klar messbare Meilensteine und Ziele, die auch für Nichtexperten nachzuverfolgen sind und somit auch einer breiteren Öffentlichkeit vermittelbar sind,
- Vernetzung und stetige Zusammenarbeit mit bestehenden Strukturen,
- Beitrag des Projektes zur Initiative Neue Qualität der Arbeit.
2.4 Zuwendungsempfänger


2.5 Art und Umfang, Höhe der Zuwendung


Förderfähig sind grundsätzlich alle bei der Durchführung des Projektes entstehenden Ausgaben wie Personalausgaben und Sachausgaben. Investitionen sind nur in Einzelfällen förderfähig, wenn diese für die erfolgreiche Durchführung des Vorhabens zwingend erforderlich erscheinen.

Bei der Festsetzung der Höhe der Zuwendung überprüft die Bewilligungsbehörde u. a. den Förderbedarf des Antragstellers und die Förderfähigkeit der Einzelpositionen des Finanzierungsplanes. Die Fördermaßnahmen stehen unter dem Vorbehalt, dass die BMAS die durch die Durchführung erforderlichen Haushaltsmittel und Verpflichtungsermächtigungen durch den Deutschen Bundestag zur Verfügung gestellt werden.

Es können keine Maßnahmen gefördert werden, die zu den Pflichtaufgaben eines Antragstellers gehören, bzw. für die es bereits gesetzliche oder sonstige öffentlich-rechtliche Finanzierungsregelungen gibt.

Darüber hinaus ist der Nachweis der Sicherung der Gesamtfinanzierung des Projektes zwingende Voraussetzung für die Gewährung einer Bundeszuwendung. Im Rahmen des Bewilligungsverfahrens muss der Antragsteller mittels eines Bonitätsnachweises nachweisen, dass er in der Lage ist, den nicht durch Bundesmittel gedeckten Eigenanteil an den Gesamtkosten des Projektes aufzubringen und dass dies seine wirtschaftlichen Möglichkeiten nicht übersteigt.


3 Verfahren

3.1 Einschaltung eines beliebten Unternehmens (programmumsetzende Stelle)

Mit der Durchführung des gesamten Verfahrens von der Einreichung der Projektankündigungen über das Antrags- und Bewilligungsverfahren, Erlass von Bescheiden bis zur Prüfung der Verwendungsnachweise hat das BMAS den Projekträger gsub – Gesellschaft für soziale Unternehmensberatung mbH

Programm „Neue Qualität der Arbeit“ (NQA)

Brückenstraße 5

10179 Berlin

beauftragt.


3.2 Zweistufiges Förderverfahren – Ideenwettbewerb und Antragstellung

Das Antragsverfahren erfolgt zweistufig (siehe nächster Abschnitt).

3.3 Vorlage und Auswahl von Projektankündigungen

In der ersten Verfahrensstufe ist dem oben genannten Projekträger (gsub) eine Projektankündigung auf elektronischem und schriftlichem Wege vorzulegen. Bei Verbundprojekten ist vom vorgesehenen Verbundkoordinator eine gemeinsame Projektankündigung vorzulegen.


Die Skizze dient als Grundlage zur Auswahl förderfähiger Anträge. Die erfolgreiche Einreichung einer Skizze stellt die Voraussetzung für die weitere Teilnahme an dem Antragsprozess dar.

- Angaben zum Antragsteller, Trägereignung,
- Projektidee/Kurzbeschreibung, Handlungsbedarf (Defizit aufzeigen) und gesellschaftlicher Mehrwert, Eigeninteresse des Antragstellers, Nachweis über Zugang zur Zielgruppe,
- Gewinnung und Aktivierung von Unternehmen (KMU) und deren Einbindung in das Projekt,
- erlebbare Geschichte des Projektes,
- Zielsetzungen des Vorhabens,
- Handlungskonzept, Arbeits- und Zeitprozessplanung,
- Projekt- und Kooperationspartner und Arbeitsfelder.
- Vernetzung zur Initiative Neue Qualität der Arbeit sowie Mehrwert des Projektes für die Initiative Neue Qualität der Arbeit,
- Erfolgsaussichten, Nachhaltigkeit, Transfer der Projektergebnisse, Risikobewertung,
- Öffentlichkeits- und Kommunikationskonzept, mit dem Anspruch, eine breite, möglichst überregionale Wahrnehmung zu erreichen (Fachöffentlichkeit reicht hier grundsätzlich nicht aus), unter Einbezug der Netzwerke und Angebote der Initiative Neue Qualität der Arbeit,
- Finanzplan.


Es können nur Projektskizzen berücksichtigt werden, die – als Ausdruck des vorgegebenen Formblatts – rechtsverbindlich unterschrieben

spätestens am 28. August 2015 um 18.00 Uhr

bei der gsub eingegangen sind.

Die Projektskizze ist außerdem bis 28. August 2015, 18.00 Uhr, elektronisch an kontakt-nqa@gsub.de zu senden. Sowohl für den elektronischen als auch den postalschen Versandweg gilt, dass verspätet eingehende Projektskizzen grundsätzlich nicht berücksichtigt werden.

Die Projektskizzen werden nach Ablauf der Vorlagefrist nach den festgelegten Kriterien des Programms durch das BMAS, die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin sowie den Projektträger vorgeprüft und danach von externen Gutachterinnen und Gutachtern diskutiert und bewertet. Folgende Kriterien sind maßgeblich:

- Eignung der Antragsteller/Zuwendungsempfänger, Qualifikation der Partner (Projektstruktur und -management), Zusammensetzung des Kooperationsverbandes,
- Übereinstimmung mit den Inhalten der Bekanntmachung sowie dem Zweckzweck und dem Gegenstand der Förderung insbesondere die Einbettung in Netzwerkstrukturen der Initiative Neue Qualität der Arbeit (siehe Nummer 2.1),
- Innovationspotenzial (keine Dopplung mit bereits bestehender Unternehmenspraxis sowie ggf. mit schon vorhandenen Forschungsprojekten),
- Referenz- und Leuchtturmcharakter,
- niedrigschwelliger Anwendungsbezug für die betriebliche Ebene, vor allem für KMU, und Beiträge zur Problemlösung (z. B. Neuheit, Originalität, volkswirtschaftliche Relevanz) oder Anpassung und Weiterentwicklung von Angeboten und Strukturen für Verwaltungen,
- Abschätzung des Marktpotenzials (Wie viele Unternehmen bzw. Verwaltungen können von dem Projekt profitieren oder haben einen Bedarf an den Erkenntnissen des Projekts?),
- Einbezug von Unternehmen oder Verwaltungen (Konzept zum Zugang und zur kontinuierliche Zusammenarbeit),
- Berücksichtigung bereits bestehender Angebote und Projekte der Initiative Neue Qualität der Arbeit,
- Berücksichtigung der relevanten Akteure sowie eine herausgehobene Beteiligungsorientierung (Kooperation zwischen Unternehmens- bzw. Verwaltungsleistung, Beschäftigten und ihren Interessenvertretungen),
- Breitenwirksamkeit für die allgemeine Öffentlichkeit und Nachhaltigkeit: überzeugendes Konzept zur Kommunikation der Ergebnisse während der Förderung sowie ihrer Verwertung nach Projektende (bspw. Nachhaltigkeit durch Einbeziehung starker Kooperationspartner), Einsatzmöglichkeiten für KMU aus verschiedenen Branchen oder Verwaltungen,
- Angemessenheit der geplanten finanziellen Aufwendungen.
Das BMAS wird auf der Grundlage der Bewertungen die für eine Förderung geeigneten Projektideen auswählen. Das Auswahlergebnis wird den Interessenten schriftlich mitgeteilt.

3.4 Vorlage förmlicher Förderanträge und Entscheidungsverfahren

Die in der ersten Stufe ausgewählten Teilnehmer werden zur Einreichung eines förmlichen Projektantrags innerhalb einer Monatsfrist aufgefordert. Dieser knüpft an die Projektuskizze an, erfordert jedoch detailliertere Angaben zu dem inhaltlichen Vorhaben und zum Finanzierungsplan. Das Antragsverfahren erfolgt webbasiert über die Datenbank ProDaBa der gsub mbH.

Zusätzlich muss der vollständige Antrag ausgedruckt und original unterzeichnet postalisch an den Projektträger gesendet werden. Der Stichtag für die Einreichung der Online-Anträge wird den ausgewählten Projekten gesondert bekannt gegeben. Über die vorgelegten Förderanträge wird nach abschließender Prüfung durch das BMAS entschieden.


4 Inkrafttreten

Diese Bekanntmachung tritt mit dem Tag der Veröffentlichung im Bundesanzeiger in Kraft.

Berlin, den 1. Juni 2015

Bundesministerium
für Arbeit und Soziales

Im Auftrag
Dr. Neufeind